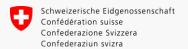




Paket «Stabilisierung und Weiterentwicklung der Beziehungen Schweiz-EU»



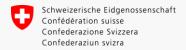


Die Schweiz in einer sich wandelnden Welt

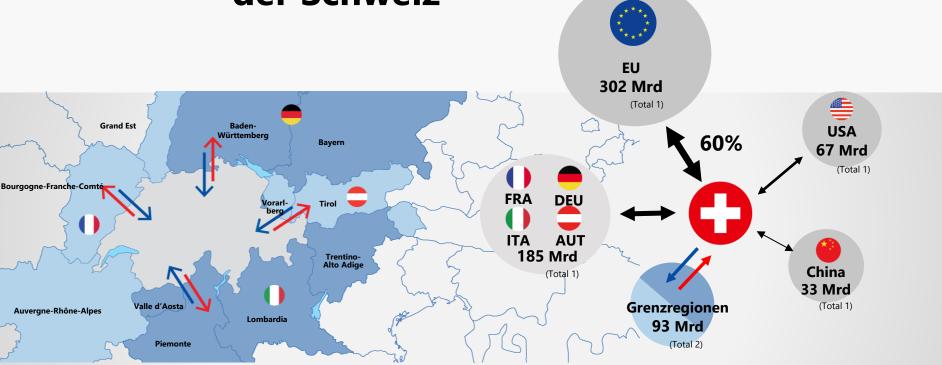


« Die Welt wird weniger global, weniger westlich geprägt, weniger demokratisch. Sie wird fragmentierter und gefährlicher. Und sie ist volatil. »

Aussenpolitische Strategie 2024-2027



Die wichtigsten Handelspartner der Schweiz



Handelsvolumen 2024 in Mrd. CHF/Jahr. Quelle: Swiss-Impex und Statistik-/Zollämter in den Nachbarstaaten. Das konjunkturelle Total (Total 1) schliesst den Handel von Gütern mit hohen Schwankungen (z.B. Gold in Barren) aus, da diese die Interpretation der Export- und Importentwicklung erschweren. Die Statistik-/Zollämter in den Nachbarstaaten kennen kein konjunkturelles Total. Entsprechend ist der Handel mit diesen Gütern bei den Grenzregionen mitgerechnet (Total 2).

EU-Mitgliedschaft

Gemeinsame Aussen- und Sicherheitspolitik (GASP) / Gemeinsame Sicherheits - und Verteidigungspolitik (GSVP)

Andere Bereiche (Agrarpolitik, Aussenhandel & Zollunion, gemeinsame Währung)

EU Programme

Schengen/Dublin Raum

Binnenmarkt mit politischer Union (inkl. level playing field) (4 Grundfreiheiten)

nstitutionelles

- Vorrang des EU Rechts Mitentscheidung
- Ausleaunasmonopol
- (EuGH) Überwachung (KOM)
- Juristische Streitbeilegung

Freihandel & Assoziieruna

Verhandlungen 2014-2023

Andere Bereiche (Aussenhandel, Zollunion, gemeinsame Währung)

Politischer Dialog

Noch unbekannt: EU-Programme (Grundlage für vollständige Beteiligung im Assoziierungsabkommen vorhanden)

Erweiterter Binnenmarkt ohne pol. Union (inkl. level playing field) (4 Grundfreiheiten)

Institutionelles

- Dyn + teilw. automatische Rechtsübernahme
- · Mitwirkung (decision shaping)
- Zwischenstaatliche Streitbeilegung mit direkter
- Zuständigkeit des EuGH Schiedsgericht nur für Beurteilung
- Verhältnismässigkeit der Ausaleichs- und Schutzmassnahmen Grundsätzlich 1-Pfeiler Modell
- Auslegungsmonopol EuGH (Vorlagepflicht letztinstanzlich nat. Gerichte an EuGH)
- Rechtsschutz für Indiv. und
- jurist. Personen analog EU-MS Überwachung durch EU-Komm (insb. Kartellrecht & Beihilfen)

EWR (1994)

Politischer Dialog

EU Programme (vollständige Beteiliauna)

Schengen/Dublin Raum

Binnenmarkt ohne politische Union (inkl. level playing field) (4 Grundfreiheiten)

Institutionelles

- Dvnamische
- Rechtsübernahme Mitwirkung (decision) shaping)
- Supranationale Auslegung (EFTA Gerichtshof)
- Supranationale Überwachung (EFTA Überwachungsbehörde -
- Politische Streitbeilegung (GA)

Bilateraler Weg (1999/2004)

EU Programme (programms pezifischer Zugang)

Optionen

Schengen/Dublin Raum

Freihandel + Sektorieller Binnenmarktzugang (inkl. Freizügigkeit) ohne level playing field

Institutionelles

- Statische Rechtsübernahme · Begrenzte Mitwirkung
- 2-Säulen-Modell für Auslegung (teilweise Berücksichtigung der Rechtsprechung des EuGH) und Überwachung
- · Politische Streitbeilegung (GA)

Freihandel & Assoziieruna (2014-16)

Politischer Dialog

Verpflichtung zu Reformen (Rechtsstaatlichkeit)

EU Programme (vollständige Beteiligung)

Freihandel + Sekt. Binnenmarktzugang (ohne Freizügigkeit) mit level playing field

Institutionelles

- Rechtsangleichung via Rechtsübernahme (grundsätzlich statisch aber dewisse Dynamik)
- Keine Mitwirkung
- · Auslegung: gemischt Überwachung: 2-Säule-Mod.
- · Streitbeilegung: politisch (GA) und iuristisch (Schiedspanel mit EuGH für gewisse Bereiche) mit Durchsetzungsmech.



Freihandel und Kooperation (2020)

EU Programme (Liste im Abkommen)

Freihandel mit level playing field

Institutionelles

- Keine Rechtsübernahme
- · Kein Auslegungsmech. Kein Überwachungsmech.
- · Streitbeilegung: politisch (GA) und juristisch
- (Schiedsgericht) mit Durchsetzungsmech. (inkl. «rebalancing mechanism»)



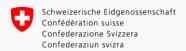
Freihandel (2017)

Politischer Dialog

Freihandel ohne level playing field

Institutionelles Keine Rechtsübernahme

- Kein Auslegungsmech.
- Kein Überwachungsmech.
- · Streitbeilegung: politisch (GA) und juristisch
- (Schiedspanel) mit Durchsetzungsmech.



Option «Nichts tun» → **Nachteile**

Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten EDA

Bilaterale Abkommen bleiben gültig, müssen aber aktualisiert werden, um neue rechtliche Unterschiede zwischen CH und EU zu vermeiden



Ohne Lösung der institutionellen Fragen: keine Aktualisierung (z.B. MRA)

Neue Abkommen und Kooperationen sind im Interesse der Schweiz



Wenn wir nichts tun: keine neuen Abkommen (Strom, Lebensmittelsicherheit, Gesundheit)

Beteiligung an EU Programmen ist im Interesse der Schweiz



Wenn wir nichts tun: keine Beteiligung an Programmen

Teilnahme an Krisenorganisation und Austauschplattformen ist im Interesse der Schweiz



Wenn wir nichts tun: Kein Einbezug oder Ausschluss (Informationsaustausch in Energiefragen, europäisches Krisendispositiv) Kein Status Quo

Abkommen verlieren an Bedeutung

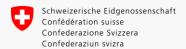
Fehlende Planungs- und Rechtssicherheit

Probleme für Exportwirtschaft

Keine Teilnahme an Horizon Europe, Erasmus+ usw.

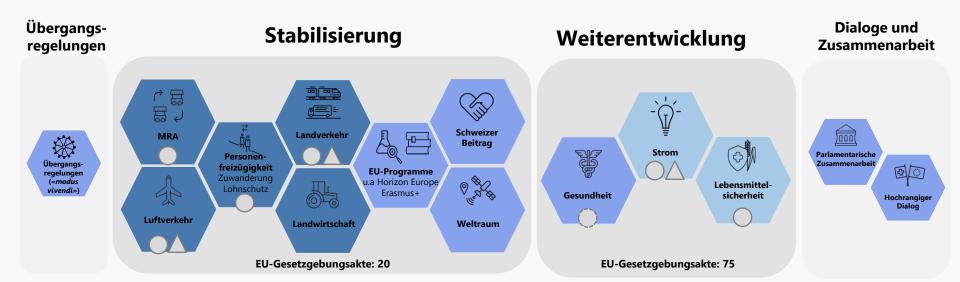
Schwächung des Forschungs-, Bildungs-, Innovationsstandorts

Weniger Versorgungssicherheit & Konsumentenschutz



Das Paket Schweiz-EU

Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten EDA

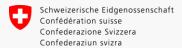


- Bestehende Binnenmarktabkommen
- Institutionelle Elemente
 Dynamische Rechtsübernahme,
 Streitbeilegung
- Weitere Abkommen und Interessenbereiche
- Staatliche Beihilfen

Neue Binnenmarktabkommen

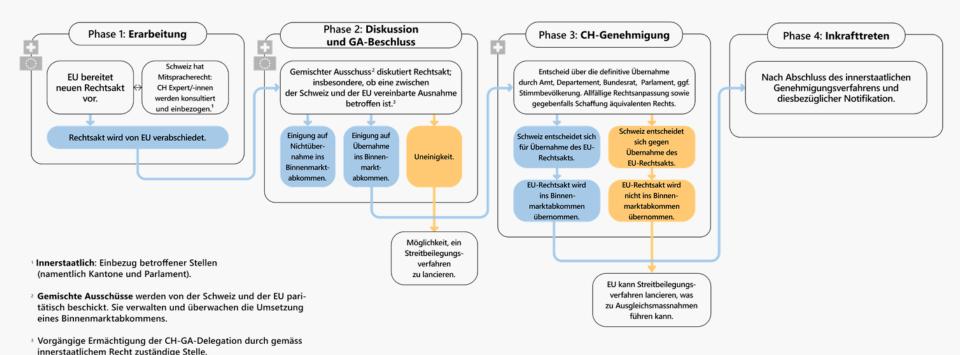
Umsetzungsgesetzgebung

- 3 neue Gesetze
- 12 wesentliche Gesetzesanpassungen
- 20 geringfügige Gesetzesanpassungen



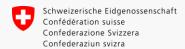
Dynamische Übernahme von EU-Recht

Die Schweiz und die EU aktualisieren ihre Binnenmarktabkommen neu grundsätzlich dynamisch. Die dynamische Rechtsübernahme respektiert die verfassungsmässige Ordnung der Schweiz. **Keine dynamische Rechtsübernahme vor Abschluss des innerstaatlichen Genehmigungsverfahrens.**



Prozess aussen-/innenpolitisch

21. Mai 2025	Paraphierung der Abkommenstexte, auf CH-Seite durch die Chefunterhändler und den/die Verhandlungsleitende/n des jeweiligen Verhandlungstracks
13. Juni 2025	Start der öffentlichen Vernehmlassung und Gutheissung der Abkommen durch den Bundesrat
13. Juni – 31. Okt. 2025	Öffentliche Vernehmlassung
1. November 2025 – 1. Quartal 2026	Auswertung der Ergebnisse der Vernehmlassung und Finalisierung der Botschaft
10. November 2025	Unterzeichnung des Abkommens zu den EU-Programmen
1. Quartal 2026 <i>tbc</i>	Unterzeichnung der Abkommen
	Verabschiedung Botschaft durch Bundesrat und Überweisung ans Parlament
Weitere Schritte	Parlamentarische Beratung
	Ggf. Volksabstimmung



Referendum

30. April 2025 : BR spricht sich für fakultatives Referendum aus

- Politische Kontinuität & Kohärenz : entspricht Praxis der Bilateralen I & II.
- 2012: Ablehnung (75.3%, alle Stände) der Volksinitiative «Staatsverträge vors Volk» (obligatorisches Referendum für völkerrechtliche Verträge mit wichtigen rechtssetzenden Bestimmungen).
- Grundsätzliche Frage eines obligatorischen Staatsvertragsreferendums *sui generis* bleibt durch den Entscheid des Bundesrates unberührt.
- Endgültige Entscheidung über die Referendumsart im Rahmen der parlamentarischen Beratungen.

Art. 140 BV: Obligatorisches Referendum

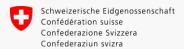
- ¹ Volk und Ständen werden zur Abstimmung unterbreitet:
- a. die Änderungen der Bundesverfassung;
- b. der Beitritt zu Organisationen für kollektive Sicherheit oder zu supranationalen Gemeinschaften;
- c. die dringlich erklärten Bundesgesetze, die keine Verfassungsgrundlage haben und deren Geltungsdauer ein Jahr übersteigt; diese Bundesgesetze müssen innerhalb eines Jahres nach Annahme durch die Bundesversammlung zur Abstimmung unterbreitet werden.

Art. 141 BV: Fakultatives Referendum

¹ Verlangen es 50 000 Stimmberechtigte oder acht Kantone innerhalb von 100 Tagen seit der amtlichen Veröffentlichung des Erlasses, so werden dem Volk zur Abstimmung vorgelegt:

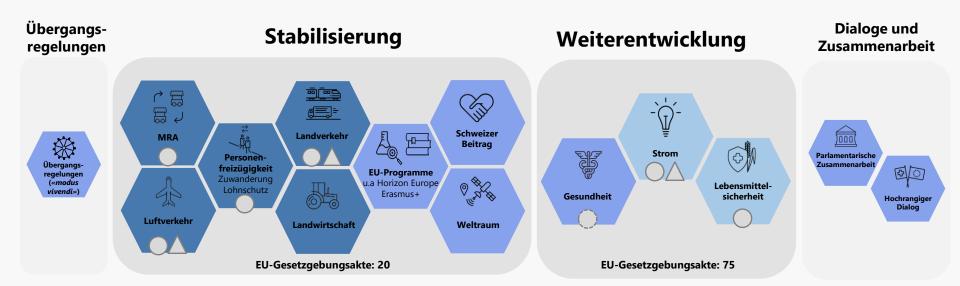
[...]

- d. völkerrechtliche Verträge, die
- 3. wichtige rechtsetzende Bestimmungen enthalten oder deren Umsetzung den Erlass von Bundesgesetzen erfordert.



Das Paket Schweiz-EU

Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten EDA

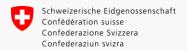


- Bestehende Binnenmarktabkommen
- Institutionelle Elemente
 Dynamische Rechtsübernahme,
 Streitbeilegung
- Weitere Abkommen und Interessenbereiche
- Staatliche Beihilfen

Neue Binnenmarktabkommen

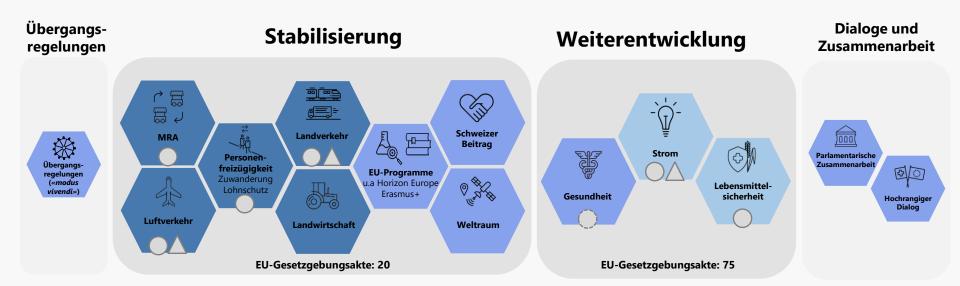
Umsetzungsgesetzgebung

- 3 neue Gesetze
- 12 wesentliche Gesetzesanpassungen
- 20 geringfügige Gesetzesanpassungen



Haben Sie Fragen?

Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten EDA



- Bestehende Binnenmarktabkommen
- Institutionelle Elemente
 Dynamische Rechtsübernahme,
 Streitbeilegung
- Weitere Abkommen und Interessenbereiche
- Staatliche Beihilfen

Neue Binnenmarktabkommen

Umsetzungsgesetzgebung

- 3 neue Gesetze
- 12 wesentliche Gesetzesanpassungen
- 20 geringfügige Gesetzesanpassungen